



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



PUK-Bericht offenbart dringenden Handlungsbedarf!



Unverhältnismässige Eingriffe in die persönliche Freiheit von A. Q.

Von Beatrice Baselgia

Es war der Bauunternehmer A.Q., welcher jahrelang bei verschiedenen Amtspersonen und Amtsstellen im Kanton auf die Preisabsprachen im Unterengadin aufmerksam machte, welcher nicht ernst genommen wurde und welcher massgeblich zur Auslösung eines Verfahrens durch die Wettbewerbskommission des Bundes (WEKO) gegen die Bauabspra-

Inhalt

SP Graubünden gewinnt die Wahlen	1-2
Interview mit Jon Pult	3
Interview mit Sandra Locher Benguerel	4
Wahrückblick des Campaigners	5
Wahrückblick einer Freiwilligen	6
Elternzeit	8
Projekt Wohnbau Genossenschaft Pumera	9
JUSO	11
Letzte Seite	12



chen im Unterengadin beitrug. A.Q. bezeichnet sich als Whistleblower und gibt zu, früher selbst an Bauabsprachen teilgenommen zu haben. Im Jahr 2012 stellte er der WEKO wichtige Informationen zur Verfügung – Informationen, welche man im Kanton Graubünden nicht hören wollte. Erst die eindrücklichen Medienberichte zu A.Q. rüttelten die Bündnerinnen und Bündner wach und haben den Bündner Grossen Rat dazu bewogen, am 13. Juni 2018 zum ersten Mal eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen. Die SP Fraktion war massgeblich daran beteiligt, dass die Geschäftsprüfungskommission dem Grossen Rat den Antrag auf Einsetzung einer PUK unterbreitete und dieser dem Antrag dann auch einstimmig folgte. Zwei grosse Themenbereiche hat die PUK aufzuarbeiten:

- Untersuchung, ob Verantwortliche und Mitarbeitende des Kantons von den Kartellabsprachen gewusst haben
- Untersuchung der Polizeieinsätze und des Verhaltens weiterer involvierter Stellen gegenüber A.Q.

Nach rund 50 Kommissionssitzungen und über 80 Stunden Befragungen hat die PUK dem Grossen Rat in der Dezembersession 2019 den Teilbericht zum Themakreis der Polizeieinsätze unterbreitet. Eine Instrumentalisierung der Kantonspolizei durch Mitarbeitende von Bauunternehmen konnte die PUK im Rahmen des vorliegenden Teilberichts nicht

feststellen. Aber – die PUK ist im untersuchten Fall auf auffällig viele und ganz verschiedene Fehler gestossen. Die Polizeieinsätze gegen A.Q. basierten im Wesentlichen auf Informationen eines einzelnen Polizisten, welcher seine Informationsquelle nicht preisgab, und auf seiner persönlichen Einschätzung, welche nie hinterfragt wurde. Führungspersonen haben ihre Führungsverantwortung nicht wahrgenommen. Schriftliche Dokumentation, als Grundlage für nachvollziehbares, staatliches Handeln, fehlte bei fast allen Amtsstellen. Die Rapportierung der Polizeieinsätze erfolgte zu spät und zum Teil mit falschen Angaben. Die PUK gelangte insgesamt zum Ergebnis, dass es zu einem unrechtmässigen und zu teils unverhältnismässigen Eingriffen in die Freiheit von A.Q. gekommen ist. Mit dem PUK-Teilbericht zu den Polizeieinsätzen konnte in verschiedener Hinsicht Transparenz geschaffen werden. Das ist aber nur ein erster Schritt. Um das Vertrauen in die involvierten Institutionen wieder herzustellen und damit sich solche Vorkommnisse wie im Fall A.Q. nicht wiederholen, braucht es die rasche und umfassende Umsetzung der von der PUK gemachten Empfehlungen.



Beatrice Baselgia,
Vizepräsidentin PUK &
Grossrätin, Domat/Ems

Der PUK-Teilbericht zu den Polizeieinsätzen gegen A.Q. ist auf www.pukbaukartell.ch zu finden.

Die weitere Arbeit der PUK konzentriert sich nun auf die Fragestellung, ob es zwischen dem Baukartell und der Kantonalen Verwaltung eine Verbindung gab.

PUK – Baukartellabsprachen



Philipp Wilhelm, Präsident
SP Graubünden & Gross-
rat, Davos

Hinschauen lohnt sich!

Von Philipp Wilhelm

Es war historisch, als SP-Grossrätin Bea Baselgia in der Dezembersession in die Debatte um den ersten Teilbericht der ersten PUK in der Geschichte Graubündens einführte. Der minutiös erarbeitete und sachlich verfasste Bericht beleuchtet die Umstände der umstrittenen Polizeieinsätze gegen Whistleblower Adam Quadroni, der unseren Kanton vor Millionenschäden bewahrte.

Die PUK stellte bei den Abläufen um die Polizeieinsätze diverse Mängel fest: kaum Dokumentation, Unwissen im Umgang mit Formularen, Fehlen interner Kontrollen. Die Kumulation solcher Verfehlungen machte es möglich, dass die Einschätzung eines einzelnen Postenchefs der Kantonspolizei als Grundlage für die harten Einsätze gegen Adam Quadroni diente. Weshalb dieser Postenchef Quadroni so dringlich als gefährlich einstufen wollte, ist bislang ungeklärt. Er verschwieg vor der PUK seine «Quellen» und behinderte damit eine lückenlose Aufklärung.

Eine Instrumentalisierung der Polizei durch das Baukartell konnte die PUK letztlich nicht feststellen. Ausschliessen können wir sie allerdings auch nicht. Klar ist: Unabhängig vom Motiv des Postenchefs konnte die Einschätzung dieser Einzelperson schwere Eingriffe in die Freiheitsrechte eines

Bürgers auslösen. Und das ist in einem Rechtsstaat inakzeptabel. Genau so sind Institutionen letztlich anfällig, um instrumentalisiert zu werden. Handeln ist also angezeigt.

Die PUK schlägt dazu verschiedene Massnahmen vor. Unser Regierungsrat Peter Peyer kündigte richtigerweise an, sämtliche dieser Empfehlungen zeitnah umzusetzen, wie etwa die Einführung eines kantonalen Bedrohungsmanagements. Das ist gut so. Kritisch hinterfragt wurde in der Debatte auch von der SP-Fraktion, ob diese notwendigen Implementierungen mit der bestehenden Kapo-Führung möglich sind, da diese in den Berichten selbst wegen mangelnder Führung in der Kritik steht. Alt-Gewerkschafter Peyer setzt vorerst auf die zweite Chance. Entscheidend wird unabhängig von der Personalfrage sein, dass die Behebung der entdeckten Mängel konsequent und zeitnah angegangen werden. Nur das schafft Vertrauen.

Die SP hatte sich anlässlich des Baukartellskandals vehement für die Einsetzung einer PUK eingesetzt. Mehrheitsfähig wurde die erste PUK in der Geschichte Graubündens aber letztlich vor allem dank hartnäckiger Recherche unabhängiger Medien. Und siehe da: Genaues Hinschauen hat sich gelohnt! Abgeschlossen ist der Kartellskandal aber noch lange nicht. Die PUK untersucht nun weitere Fragen zur Rolle des kantonalen Baudepartements.



Abstimmung: «JA zum Schutz vor Hass»

Der Aufstand der Ewiggestrigen

Von Pascal Pajic

Am 9. Februar ist Abstimmungssonntag. Dieses Mal wird über eine Vorlage abgestimmt, welche besonders LGBTQ*-Menschen betrifft: die Erweiterung der Diskriminierungsstrafnorm. Künftig soll es verboten sein, Menschen aufgrund der sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Die Ewiggestrigen proben dagegen den Aufstand.

Im April 2019 reichen die JSVP und die EDU ein Referendum ein. Ihr Ziel: das Bekämpfen des Diskriminierungsschutzes von Lesben, Schwulen und Bisexuellen. Ihre Argumente sind so eintönig wie fadenscheinig. Es gehe um «Zensur» und um die «freie Meinungsäusserung». Sie verschweigen dabei, dass Hass keine Meinung ist, und dass es eigentlich um Macht geht.

Hass gegen nicht-heterosexuelle Menschen ist in der Schweiz immer noch Alltag. Jede Woche verzeichnen die Dachorganisationen zwei Hassverbrechen gegen Queers. Die Dunkelziffer ist dabei noch viel höher. Queers werden gehasst, weil sie nicht der Norm entsprechen. Leider weiss ich genau, wie das ist. Zahllos sind die Erlebnisse, in denen mir Menschen «Schwuchtel!» hinterherschreien, vor mir auf den Boden spucken, oder laut überlegen, ob sie mich jetzt fertig machen und ausnehmen sollen. Mit solchen Erfahrungen bin ich leider

nicht allein. Fast eine Million Queers sind hier diesem Hass ausgesetzt. Hass führt zu Hassverbrechen und muss deshalb bestraft werden. Wenn das nicht passiert, führt das zu Leid. Über kurz oder lang sind nicht alle diesem Leid gewachsen. Die Suizidrate ist bei nicht-heterosexuellen Jugendlichen in der Schweiz fünf Mal höher als bei heterosexuellen. Bei den trans und inter Jugendlichen ist sie sogar bis zu zehn Mal höher.

Letztlich geht es nicht nur um Schutz und das Verhindern von Leid. Es geht um Macht. Die Ewiggestrigen spüren, dass ihr gesellschaftliches Machtssystem, welches auf dem Patriarchat und einer hegemonialen, toxischen Männlichkeit fusst (in welcher alternative Männlichkeitsbilder keinen Platz finden), zu bröckeln beginnt. Dieser Machtverlust flösst ihnen Angst ein. Zurecht meine ich! Lasst uns verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer Identität niedergeschlagen und gemobbt werden. Lasst uns verhindern, dass Menschen aufgrund von Hass und Diskriminierung nicht mehr leben wollen. Lasst uns den Ewiggestrigen Angst einflössen! Lasst uns laut «Ja» zum Schutz sagen!

***LGBTQ** steht für «lesbian, gay, bisexual, trans, queer», also für alle Menschen deren sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität sich abseits der Heteronormativität verortet.



Pascal Pajic, Grossrat
Stellvertreter, Chur

Weitere Infos:
www.jazumschutz.ch
Der Parteivorstand der
SP Graubünden
fasste einstimmig
die **JA-Parole**.

Abstimmung: «JA zu bezahlbaren Wohnungen»



Lukas Horrer, Präsident
MieterInnenverband GR &
Grossrat, Chur

Für MieterInnen statt für SpekulantInnen

Von Lukas Horrer

In der Schweiz haben sich die Mieten seit 1980 beinahe verdoppelt. Das, obwohl die Zinsen auf einem Rekordtief sind. Das führt dazu, dass immer weniger Personen bezahlbare Wohnungen finden. Das ist schlecht für die Durchmischung in unseren Städten. Das ist schlecht für die Landschaft, weil die Zersiedelung zunimmt. Das ist schlecht für die Freiheit der Leute, die sich ihren Wohnort immer weniger frei wählen können. Und: Das Geld für die hohen Mieten fehlt für den Konsum. Das ist schlecht für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und trifft das lokale Gewerbe. Für wen ist das nicht schlecht? Für die Immobilienwirtschaft. Sie gewinnt. Aber das nützt niemandem.

Entscheidender Faktor für die Situation ist die Strukturveränderung auf dem Immobilienmarkt. Im Jahr 2000 gehörten rund 60% der Mietwohnungen Privatpersonen. Heute sind es noch 47%. Im Gegenzug hat sich seit 2000 der Anteil von Mietwohnungen im Besitz von Immobilienfirmen (z.B. Immobilienfonds) von 29% auf 40% erhöht. Die Zinssituation bzw. der daraus resultierende Anlagenotstand verschärft die Situation zunehmend und verschiebt immer mehr Gelder in «Immobilieninvestments». Diese versprechen Sicherheit und relative hohe Erträge. Führt früher kurzfristige Spekulationen zu überrissenen

Mieten, ist es heute die Jagd nach stetigen und langfristig sicheren Erträgen. Das Spiel der Immobilienwirtschaft geht auf, denn es gibt keinen funktionierenden Markt für Mietwohnungen. Man kann nicht, nicht wohnen. Und wo Konsumzwang existiert, da existieren keine funktionierenden Marktmechanismen.

Um die Situation zu entschärfen gilt es also, die nicht funktionierenden Marktmechanismen auszuhebeln, bzw. die Marktmacht zu verschieben. Die von der Initiative «Für mehr bezahlbare Wohnungen» dafür vorgeschlagene Lösung hat in der Schweiz eine lange Tradition: Genossenschaften. Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften verrechnen nur die effektiven Kosten (Prinzip Kostenmiete), verzichten auf (Kapital-)Rendite und sind so rund 15-20% günstiger als der Markt. Wird ihr Marktanteil vergrössert, verschiebt sich die Marktmacht zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung. Die Initiative fordert, dass schweizweit 10% der neu gebauten Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern erstellt werden (und räumt den Kantonen bzw. Gemeinden ein Vorkaufsrecht auf Land/Immobilien ein, wenn die öffentliche Hand selbst verkauft). Das ist ein realistisches Ziel. Die Massnahmen zur Umsetzung sind in der Kommunalpolitik erprobt und bewährt (z.B. Abgabe von Land im Baurecht an Genossenschaften).

Weitere Infos:

www.bezahlbare-wohnungen.ch

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **JA-Parole**.



Komunales Stimmrecht

Davos: Stimmrecht Jetzt!

Von Mara Sprecher

Das Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene könnte in Davos bereits beschlossene Sache sein. Mit der Totalrevision der Gemeindeverfassung wollte die Davoser Exekutive das Ausländer*innenstimmrecht einführen. Dies notabene nach einer engagierten Vernehmlassung der SP Davos, deren Argumente in die landrätliche Botschaft Eingang fanden. Dann der Dämpfer. Der Grosse Landrat kippte das Anliegen gegen den Widerstand der SP aus der Totalrevision. Die Gemeindeverfassung benötige eine möglichst hohe Zustimmung und dies sei mit der Vermischung der Stimmrechtsfrage unmöglich, so die irrwitzige Argumentation der bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Die Gemeindeverfassung wurde in der Folge tatsächlich deutlich angenommen. Die Stimmbeteiligung aber lag gerade mal bei 18%. Dem Stimmrecht für Niedergelassene steht die grosse Prüfung erst bevor. Der Grosse Landrat stimmte der Durchführung einer separaten Abstimmung mit 9 zu 4 Stimmen deutlich zu. Am 9. Februar ist nun Abstimmung.

Seit über 15 Jahren können Bündner Gemeinden Ausländer*innen ein kommunales Stimmrecht einräumen. Das ist fortschrittlicher als in vielen anderen Kantonen. 27 Bündner Gemeinden haben davon bisher auch Gebrauch gemacht. Ein Ja am 9. Februar in Davos würde bedeuten,

dass künftig Ausländer*innen mit Niederlassungsbewilligung in Gemeindeangelegenheiten stimm- und wahlberechtigt sind, wenn sie seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen in der Gemeinde wohnen. Davos als weltoffene und moderne Stadt in den Alpen würde es gut anstehen, mit der Zeit zu gehen und eine moderne und offene Demokratie vorzuleben. Der ehemalige Kurort und heutige Forschungsplatz war und ist stark international geprägt. Der Anteil ausländischer Wohnbevölkerung beträgt rund 30%. Ein Drittel davon würde neu in unsere Demokratie einbezogen, nämlich rund 850 Personen. Menschen, die unseren Forschungs-, Gesundheits-, Bildungs- und Tourismusstandort tragen und mit ihrem Engagement mitprägen. Viele davon sind in Davos geboren und aufgewachsen, kannten nie eine andere Heimat und dürfen dennoch nicht mitbestimmen, weil sie keinen Schweizer Pass haben. Solche Menschen haben sich nun mit Unterstützung der SP zum Komitee «Gemeinsam für Davos» zusammengeschlossen. In kurzen Videos erklären sie, warum sie in Davos mitbestimmen möchten. Über Soziale Medien und mit einer kleinen Basiskampagne geben sie den Menschen hinter dem Anliegen ein Gesicht. Es sind Menschen wie du und ich, nur eben: ohne Stimmrecht. Als SP Davos kämpfen wir bis am 9. Februar mit. Für eine fortschrittliche und moderne Demokratie.



Mara Sprecher, Präsidentin SP Davos, Davos

Teilrevision Bündner Energiegesetz



Franziska Preisig,
Grossrätin, Samedan



Beat Deplazes, Grossrat,
Chur

Die jetzige Vorlage ist ein Schlag ins Gesicht für alle

Von Franziska Preisig & Beat Deplazes

Das Bündner Energiegesetz (BEG) muss revidiert werden. Das heutige gültige BEG basiert auf den MuKE 2008 (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich). Die MuKE bilden einen von allen Kantonen getragenen gemeinsamen Nenner im Energiebereich. Im 2015 hat die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren die neuen MuKE 2014 verabschiedet mit dem Ziel, dass alle Kantone ihre Energiegesetzgebungen entsprechend anpassen.

Die von der Regierung in die Vernehmlassung geschickte Vorlage schlug damals vor, dass Neubauten ein Teil des Wärmebedarfs und ein Teil der Elektrizität selber produzieren müssen. Die selbst produzierte Energie soll aus erneuerbaren Quellen stammen, wie von Photovoltaikanlagen oder Wärmepumpen. Neue Gebäude sollten so gebaut werden, dass der Energiebedarf «nahe bei Null» liegt. Mutig war der Vorschlag, ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen mit Wasserverteilsystemen innerhalb von 15 Jahren zu verbieten. Beim Ersatz von bestehenden Öl- und Gasheizungen sollte in Zukunft ein Anteil von 10 % des Energieverbrauchs eingespart oder mit erneuerbaren Energien abgedeckt werden. Dazu war vorgesehen, dass der Kanton eine Vorbildfunktion bei der Bereitstellung von Ladeinfrastruk-

turen bei Gebäuden der öffentlichen Verwaltung einnehmen wird.

Dann erschien im Oktober 2019 die Botschaft der Regierung zur Teilrevision. Die jetzige Vorlage ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die angesichts der spürbaren Klimakatastrophe ein griffiges Energiegesetz verlangen. Alle vernünftigen Vorschläge der Vernehmlassung wie Bauen im Bereich «nahe bei Null», Wärme- und Elektrizitätsproduktion bei Neubauten, Gebäudeautomation von Zweckbauten und die Förderung der Elektromobilität wurden gestrichen.

Was ist passiert? In der Vernehmlassung haben der Hauseigentümergebiet (HEV), der Gewerbeverband, suissetec, die FDP und weitere Verbände geschrieben, dass die Teilrevision zu höheren Kosten, einer stärkeren Regulierung sowie vermehrter staatlicher Kontrolle führe. Sie würden deshalb die vorgeschlagene Teilrevision kategorisch ablehnen. Trotz dem Zurückkrebsen der Regierung droht der HEV bereits mit einem Referendum.

Seit der Vernehmlassungsphase 2017/18 hat sich jedoch sehr vieles verändert – wie die Klimastreik-Bewegung und die grüne Welle bei den nationalen Wahlen zeigen. Die SP hat bei der ersten Lesung alle vom Regierungsrat gekippten Vorschläge wieder eingebracht. Die SP-Fraktion wird sich in der Februarsession des Grossen Rates mit aller Kraft für eine griffige Teilrevision des BEG einsetzen.



Neues Wahlsystem

Der lange Kampf für ein faires Wahlsystem geht in die entscheidende Phase

Von Conradin Caviezel

Das Bundesgericht hat Ende August 2019 festgestellt, was die SP Graubünden schon seit Jahren sagte: Das Bündner Wahlsystem ist verfassungswidrig. Die Richter in Lausanne haben festgehalten, dass die Hälfte der Grossrätinnen und Grossräte nicht verfassungskonform gewählt wurden. In den grossen Wahlkreisen mit über 7000 Einwohnerinnen (z.B. Chur, Davos, Oberengadin, etc.) ist das Majorzwahlsystem nicht mit dem Prinzip der Erfolgswertgleichheit vereinbar. Zudem wurde der Wahlkreis Avers als zu klein eingestuft. Dieser wichtige Entscheid bedeutet, dass die Regierung und der Grosse Rat bis zu den Wahlen 2022 ein neues Wahlsystem entwickeln müssen.

Nun gibt der Richterspruch aus Lausanne aber keinesfalls nur Anlass zur Freude. Das Urteil lässt dem Grossen Rat nämlich sehr viel Spielraum in der Umsetzung. Auch unfaire Varianten mit noch mehr Majorz-Wahlkreisen (ca. 50 statt heute 39) sind theoretisch möglich und werden zurzeit in bürgerlichen Kreisen diskutiert. Es besteht das Risiko, dass am Ende ein Wahlsystem herauskommt, das die politischen Minderheiten noch weniger berücksichtigt als das heutige System. Im Verlaufe des ersten Quartals 2020 ist mit einem Vorschlag

der Bündner Regierung zu rechnen, der in die Vernehmlassung geht. Dann ist es äusserst wichtig, dass möglichst viele Stellungnahmen von uns nahstehenden Organisationen (Vereine, Verbände, Interessengemeinschaften) eingehen. Die Regierung muss aus allen Bereichen der Gesellschaft hören, wie wichtig ein Proporzsystem und die damit verbundene Berücksichtigung von unterschiedlichen politischen Positionen für unseren vielfältigen Kanton ist. Hier sind wir auf eure Mithilfe angewiesen!

Im Sommer wird die Regierung die Rückmeldungen der Vernehmlassung auswerten und eine Botschaft zuhanden des Grossen Rats verabschieden. Anfang 2021 ist mit einer Volksabstimmung zu rechnen. Auch dort wird es jede und jeden von euch brauchen. Entweder im Kampf für ein faires neues System oder gegen eine noch verzerrende Majorz-Variante – je nach dem was Regierung und Grossrat entscheiden.

Die Etablierung eines fairen Wahlsystems ist steinig und schwierig. Das ist nicht neu. Nun kommen wir aber in die entscheidende Phase. Die SP hat nach dem BG-Urteil im Sinne einer Gesamtschau Hand geboten, die Initiative «90 sind genug» kurzfristig zurückzustellen. Aber eins ist klar, ein Rückzug käme nur in Frage, wenn die Regierung und der Grossrat endlich eine gerechte Proporz-Lösung präsentieren würden.



Conradin Caviezel, Grossrat & Fraktionspräsident, Chur

Unsere neue Verwaltungsrichterin Ramona Pedretti



Ramona Pedretti, Verwaltungsrichterin, Chur

Nach dem Rücktritt unseres Verwaltungsrichters Robert Stecher hat der Grosse Rat im August Ramona Pedretti (34) glanzvoll als seine Nachfolgerin gewählt. Am 1. Januar hat Ramona ihr Amt angetreten. Wir stellen sie euch vor.

Concret: Ramona, kannst du unseren Mitgliedern kurz deinen Werdegang schildern?

Ramona: Gerne! Aufgewachsen bin in Chur und im Puschlav. Nach der Kantonsschule habe ich in Zürich und Genf Rechtswissenschaft studiert und an der Universität Luzern ein Doktorat absolviert. Ich durfte danach anderthalb Jahre an der renommierten Columbia University in den USA ein Nachdiplomstudium machen und an einem Forschungsprojekt arbeiten.

Zurück in der Schweiz fand ich eine Anstellung als Gerichtsschreiberin in der ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesgerichts in Lausanne. Ich war dort persönliche Mitarbeiterin von SP-Bundesrichter Lorenz Kneubühler. Gewohnt habe ich in jener Zeit in Bern.

Als junge Mutter war das Pendeln dann nicht mehr ideal. Ich wechselte deshalb zum EDA in die Direktion für Völkerrecht. Und dann nahm mein Leben eine spannende Wendung, als die SP Graubünden bei mir anklopfte auf der Suche nach einer Verwaltungsrichterin. Was ebenfalls zu meinem Werdegang gehört, ist der Schwimmsport. Vor allem während des Studiums durfte ich viele

Wettkämpfe bestreiten, darunter auch Weltmeisterschaften.

Woher kommt deine Faszination für das Recht?

In meiner Familie gab es keine Juristinnen und Juristen, aber mein Gerechtigkeitssinn war schon immer sehr ausgeprägt und letztlich ausschlaggebend für die Wahl meines Studiums.

Ungerechtigkeiten empfand ich bereits als Jugendliche störend und setzte mich für faire Lösungen ein. Dass ich das nun beruflich machen darf, freut mich sehr.

Was sind deine juristischen Steckpferde?

Von der beruflichen Erfahrung her ist es das öffentliche Recht in seiner ganzen Breite. Da geht es um das Verhältnis zwischen den Menschen und dem Staat. Meine Erfahrung reicht vom Bau-, Raumplanungs- und Umweltrecht über Führerausweiserentzüge bis hin zum Sozialversicherungsrecht. Meine Dissertation habe ich im Völkerrecht geschrieben und mich zudem auf das vergleichende Verfassungsrecht spezialisiert.

Der Grosse Rat hat dich im August mit 105 von 111 Stimmen gewählt. Was war der Schlüssel zum Erfolg?

Entscheidend war, dass ich mich in den Fraktionen vorstellen durfte. Dort konnte ich mich zeigen, wie ich bin. Es gab einen regen Austausch und ich hatte auch die Möglichkeit, zu kritischen Fragen Stellung zu nehmen.



Dies wurde offenbar über alle Parteien hinweg positiv aufgenommen.

Was erwartest du nun von der Tätigkeit am Gericht?

Ich erwarte eine sehr spannende, vielseitige und fordernde Arbeit. In meiner Kammer erwarten mich Fälle aus dem Sozialversicherungsrecht. Die kommen mitten aus dem Leben: Wir entscheiden immer wieder über Schicksalsfragen. Das gilt es zu würdigen.

Kannst du noch etwas mehr zu deiner Kammer sagen? Warum ist die Arbeit dort so wichtig?

Im Sozialversicherungsrecht steht der Mensch im Zentrum. Es geht um Lebensgeschichten. Bekommt jemand eine IV-Leistung oder nicht? Hinter dieser einfachen Frage stehen sehr komplexe Sachverhalte, denn das Leben schreibt unvorhergesehene Geschichten. Wir tragen eine grosse Verantwortung in dieser Kammer, auf die ich mich aber sehr freue.

Du warst Schweizer Meisterin und Bündner Sportlerin des Jahres. Hilft dir der Sport in deinem Job?

Naja, ich weiss mich über Wasser zu halten. Aber im Ernst: Sport in dieser Intensität ist eine Lebensschule. Ich habe gelernt, meine Zeit effizient einzusetzen, weil ich mit den vielen Trainingsstunden keine andere Wahl hatte. Ich lernte den Umgang mit Niederlagen. Und da ich das alles neben dem Studium gemacht habe, bin ich insgesamt sehr belastbar geworden.

Wie fühlt sich eigentlich die Heimkehr für dich und deine Familie an?

Graubünden ist immer meine Heimat gewesen, aber ich bin immerhin 15 Jahre weg gewesen. Es ist ein Zurückkommen und ein Neuentdecken. Gerade mit einem kleinen Kind kehrt man auch in die eigenen Kindheitserinnerungen zurück. Es ist aber auch schön zu sehen, wie viel sich in Chur getan hat.

Das Puschlav ist dir ebenfalls wichtig...

In Brusio habe ich zu grossen Teilen das Vorschulalter verbracht. Dort sind meine Wurzeln, in Mentalität und Prägung bin ich meiner Verwandtschaft sehr nahe. Es sicher von Vorteil für mein Amt, auch die Sicht aus der Peripherie, aus den Talschaften zu verstehen.

Die erste Session



Sandra Locher Benguerel,
Nationalrätin, Chur

Es geht los

Von Sandra Locher Benguerel

Begleitet von viel Feierlichkeit hat anfangs Dezember die Vereidigung im Bundeshaus stattgefunden.

In meiner ersten Session fokussierte ich darauf, die Ratsabläufe und Leute kennen zu lernen. Der frische Wind im Bundeshaus war deutlich spürbar. Ich freue mich, Teil davon zu sein. Der Nationalrat war noch nie so jung, so grün, so weiblich; zudem wurde er mit 68 neuen Mitgliedern stark erneuert. In der Wandelhalle und an den zahlreichen Rahmenanlässen lernte ich täglich neue Ratsmitglieder, Medienschaffende, Lobbyisten oder Mitarbeitende der Bundesverwaltung kennen. In der SP Fraktion bin ich sehr gut angekommen. Die Unterstützung ist gross, kennen doch alle die Herausforderungen neuer Ratsmitglieder. Mit Spannung wurde die Kommissionszuteilung erwartet. Die politische Einflussnahme ist in einer Kommission am besten möglich, beruhen doch im Nationalrat rund 90 Prozent der Entscheide auf Anträgen der Kommissionen. Ich freue mich darüber, dass ich in der von mir priorisierten Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Einsitz nehmen darf. Sie entspricht meinem politischen Profil. Nun kann ich meinen Weg als Bildungs- Kultur- und Gleichstellungspolitikerin auf nationaler Ebene fortsetzen. Zudem behandelt diese Kommission Themen, die einen direkten Bezug zum Kanton Graubünden

haben, beispielsweise die nationale Kulturbotschaft und die Förderung der Minderheitensprachen.

Das Tempo der Debatten ist im Rat sehr hoch. Täglich liegen Stapel von Beratungsprotokollen auf dem Pult. Verschiedene Themen laufen parallel. Man muss den Überblick behalten, Wichtiges von Unwichtigem trennen und auf politische Schwerpunkte fokussieren. Die Beratungen der politischen Geschäfte sind sehr dicht, vielseitig und interessant. Mein erstes Votum hielt ich bei der Behandlung der Pflegeinitiative. Ich konzentrierte mich auf den Fachkräftemangel im Pflegebereich in Randregionen, auf die dringend nötige Ausbildungs offensive sowie auf die Stärkung eines typischen Frauenberufs.

Der Nationalrat hat mit dem indirekten Gegenvorschlag vor allem im Ausbildungsbereich fortschrittliche Beschlüsse gefällt, doch bei den Arbeitsbedingungen besteht immer noch grosser Handlungsbedarf.

Gespannt habe ich die erste Bundesratswahl erwartet. Der Medienrummel in den Wandelhallen am Wahntag war überbordend. Es ist eine verpasste Chance, dass die Grünen nicht in den Bundesrat eingebunden wurden. Meine ersten drei Sessionswochen erlebte ich sehr intensiv. Das Einarbeiten in den Ratsbetrieb, Kennenlernen von Menschen und Abläufen haben mich herausgefordert und werden mich weiterhin fordern. Ich freue mich darauf!



Die erste Session

Knochenarbeit statt Linksrutsch

Von Jon Pult

Am 2. Dezember startete die 51. Legislatur des Nationalrates. Vorfreudig durfte ich meinen Platz neben Sandra Locher Benguerel in der zweithintersten Reihe der SP-Fraktion einnehmen. Die Freude paarte sich schnell mit Demut vor der neuen Aufgabe. Kurz vor der Vereidigung dachte ich an die drei Persönlichkeiten, die in den letzten 44 Jahren das fortschrittliche Graubünden in Bern vertreten haben: Silva Semadeni, Andrea Hämmerle und Martin Bundi. Werden Sandra und ich ihre Fussstapfen ausfüllen können? Welch grosse Herausforderung!

Mit diesem Gedanken gelobte ich zusammen mit meinen 199 Kolleginnen und Kollegen, «die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes zu erfüllen.» Innerlich nahm ich mir zugleich vor, mich mit Silva, Andrea und Martin auszutauschen und einmal mehr von ihnen zu lernen.

Ein Treffen mit Martin Bundi ist leider nicht mehr möglich. Am 1. Januar ist er verstorben. Seine grossen Leistungen für eine soziale und offene Schweiz, für eine intakte Natur, für unsere alpine Kultur und für das Romanische sind unbestreitbar. Enorm sind auch seine Verdienste für die Bündner Sozialdemokratie. Dass wir heute in Graubünden stark verankert sind und selbstbewusst politisieren können, verdanken wir zu einem gu-

ten Teil Martin Bundi. Traurig schreibe ich diese Zeilen. Wie gerne hätte ich mich noch einmal mit ihm beraten! Noch stärker als die Trauer sind aber der Respekt und die Dankbarkeit für alles was Martin getan hat. Sie sind ein weiterer Ansporn, in Bern für unsere gemeinsamen Werte zu kämpfen.

Das Ende der rechten Mehrheit im Nationalrat und der Sieg der SP in Graubünden haben uns euphorisiert. Fortschritte in der Klima- und Umweltpolitik, im Verhältnis zu Europa, bei der Altersvorsorge und in der Familienpolitik schienen nach den Wahlen greifbar. Nach der ersten Session ist die Euphorie politischem Realismus gewichen.

Vom Linksrutsch war noch wenig zu spüren, weil CVP und GLP bei zentralen Geschäften rechts abgebogen sind. Die grüne Bundesratskandidatur hatte keine Chance, der überteuerte Kauf von Kampfflugzeugen und die unsinnigen Schikanen für Zivildienstleistende müssen per Referendum bekämpft werden und die GAV-Pflicht in der Pflege ist im Nationalrat trotz Personalnotstand nicht mehrheitsfähig. Fortschritt im Parlament erfordert weiterhin Knochenarbeit. Eine Knochenarbeit, die Martin Bundi, Andrea Hämmerle und Silva Semadeni die letzten Jahrzehnte geleistet haben. Es liegt nun an Sandra und mir, sie weiterzuführen.



Jon Pult, Nationalrat, Chur

SCHON DABEI?

Beim Mieten und Wohnen
können Sie mit dem MV rechnen!

**Wir setzen uns für die Rechte der
Mieterschaft und für mehr
bezahlbaren Wohnraum ein!**

Mitglieder profitieren:

- **Rechtsberatung (gratis)**
- **Rechtshilfe**
- **Haftpflichtversicherung**

Mitglieder erhalten zudem regelmässig unsere Zeitschrift „Mieten&Wohnen“ mit interessanten Informationen zum Mietrecht und zu aktuellen mietpolitischen Fragen.

Mit Fr. 77.-/Jahr sind Sie dabei!

MV



Mieterinnen- und
Mieterverband
Graubünden

Infos und Anmeldung unter
www.mieterverband.ch/mv-gr



Leute: Sandra Spadarotto

Seit 2018 ist Sandra Spadarotto im Kreis Chur bestgewählte Grossratsstellvertreterin. Nun rückt sie für unsere Neonaționalrätin Sandra Locher Benguerel ständig nach. Im Concret stellen wir sie euch vor.

Concret: Sandra, wer bist du?

Sandra: Beruflich arbeite ich als Geschäftsstellenleiterin des Fachverbands Kinderbetreuung Graubünden. Wir fördern den qualitativen und quantitativen Ausbau familien- und schulergänzender Kinderbetreuungsangebote im Kanton.

Ich habe in Fribourg Medien und Kommunikation sowie Sozialpolitik studiert. Manche kennen vielleicht meine Stimme, denn lange war ich für Radio Grischa und RSO auf der Redaktion tätig. Danach arbeitete ich 5 Jahre beim KIGA in einem Einsatzprogramm für stellensuchende Personen. Ich durfte dort das Bewerbungszentrum leiten.

Ich bin Mutter von zwei kleinen Kindern (Sarina, 3, und Leandro, 5) und verbringe meine Freizeit am liebsten mit sportlichen Aktivitäten in der Natur.

Und wie bist du zur Politik gekommen?

In meinem Elternhaus war Stadtpolitik am Mittagstisch schon immer ein Thema. Bereits zu Kantonsschulzeiten dachte ich: Wenn ich einmal selber die Möglichkeit habe, in die Politik zu gehen, mache ich es. Ich empfand es als störend, wie wenig junge Frauen den Weg in die Politik finden.

Dann war ich 10 Jahre Journalistin,

da stellte sich die Frage nach einer Kandidatur weniger. Aber die Themen waren nach wie vor sehr präsent. Als mich Patrik Degiacomi und Sandra Locher Benguerel vor den letzten Grossratswahlen auf ein mögliches Engagement ansprachen, war das eine schöne Überraschung. Als junge Mutter habe ich etwas gezögert, mich dann aber zurückbesinnt auf meine Grundmotivation. Mein Wahresultat war dann eine weitere Überraschung.

Wie ist dein Eindruck vom Grossen Rat?

Ich erlebe jede Session als interessant. Ich muss mich zwar noch einleben, aber was ich positiv empfinde ist der kollegiale Umgang über die Parteigrenzen hinweg. Ich wurde gut aufgenommen. Die Fraktion hat mich dabei super unterstützt. Gerade Sandra Locher Benguerel hat mich toll eingearbeitet.

Welche Ziele hast du dir für dein Amt gesteckt?

Ich möchte den Kanton in Sachen Gleichstellung, Diskriminierungsschutz und in der Familienpolitik weiterbringen. Logisch, dass mir eine Verbesserung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung am Herzen liegt. Persönlich habe ich mir vorgenommen, in jeder Session ein Votum zu halten und so andere Frauen, die Familie haben und mit im Leben stehen, zu motivieren: Politisches Engagement ist möglich und lohnt sich!



Sandra Spadarotto, SP-Grossratsstellvertreterin, Chur



Andrina Geller, Co-Präsidentin JUSO GR, Felsberg

Datenschutz und Digitalisierung

Von Andrina Geller

Am 28. Januar ist der europaweite Datenschutz Tag, ein leider eher wenig bekannter Tag.

Spätestens seit dem Cambridge Analytica Skandal ist den meisten bekannt, dass soziale Netzwerke wie Facebook nicht gerade verantwortungsvoll mit den Daten ihrer Nutzer und Nutzerinnen umgehen. Daten werden nicht nur für Marketingzwecke an Firmen weitergegeben, sondern anscheinend auch dazu benutzt, um Wahlen zu beeinflussen. Cambridge Analytica ist sicher nicht der erste grössere Skandal, welcher an die Öffentlichkeit gelangt ist, aber er ist darum so furchteinflössend, weil er die Demokratie in einem Rechtsstaat aktiv gefährdet. Auch Google ist kein unbeschriebenes Blatt, denn erst kürzlich haben ForscherInnen des International Computer Science Institute herausgefunden, dass einige Android Apps, auch wenn keine Erlaubnis vorliegt, Benutzerdaten lesen, speichern und an andere Apps weitergeben. Die Datenschutzskandale häufen sich immer weiter an und je länger die Kette wird, desto schamloser werden die Datenschutzverletzungen. Ein anderes Beispiel aus Indien: dort wurden biometrische und demographische Daten von rund 1.22 Milliarden Menschen über eine Personenidentifikationsnummer gespeichert, welche für je läppische 500

Rupien (ca. 7 CHF) an Drittpersonen verkauft wurden, welche sie dann für Marketingzwecke benutzten.

Das alles sind Probleme, mit denen man sich zwangsläufig befassen muss, denn solche Szenarien sind Mitbringsel der Digitalisierung. Auch in der Schweiz wird über eine elektronische Identifikationsmöglichkeit diskutiert, welche von privaten Unternehmen hätte verwaltet werden sollen, doch zum Glück wurde das Referendum ergriffen, welches am 16.1.2020 eingereicht wurde.

Der Fortschritt ist unaufhaltbar und das ist auch gut so, jedoch muss man sich im Klaren sein, wie mit solchen Problemen umgegangen werden muss, wenn möglich schon bevor es zu grossen Skandalen, Datenschutzmissbräuchen oder anderem kommt. Auch wenn wir in einer profitorientierten Welt leben, darf nicht vergessen werden, dass das Recht auf Privatsphäre ein Menschenrecht ist, welches in jeder modernen Demokratie verankert ist.

Als junge Person liegt es mir sehr am Herzen, eine digitalisierte Schweiz zu schaffen, welche Privatsphäre respektiert, und dass die Politik verantwortungsbewusst in die Zukunft der Digitalisierung schreiten wird.

Parolen der SP Graubünden zu den Abstimmungen vom 9. Februar 2020

Kant. Abstimmungen:

Keine Abstimmungsvorlagen

Eidg. Abstimmungen:

Schutz vor Hass	JA
Bezahlbare Wohnungen	JA

Abo-Beitrag 2020

Um das «concret» weiterhin erhalten zu können, sind wir auf euren Abo-Beitrag angewiesen. Die Redaktion zählt auf die LeserInnen und sagt bereits zum Voraus: Vielen herzlichen Dank für die Bezahlung des Abo-Beitrages.

Der Mindestbeitrag für die Kostendeckung beträgt CHF 15.00 pro Jahr, der Unterstützungsbeitrag CHF 30.00 pro Jahr. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen.

7. März 2020 – Parteitag der SP Graubünden

An dieser Stelle vorab einen wichtigen Termin für das neue Parteijahr. Der Parteitag der SP Graubünden wird am 7. März 2020 stattfinden (nicht am 14. März, wie im letzten Concret geschrieben). Am Parteitag werden wir die Weichen für das kommende Jahr stellen und die Parteigremien neu wählen.

4./5. April 2020 – Parteitag der SP Schweiz

Der Parteitag der SP Schweiz dauert zwei Tage und wird vom 4.-5. April stattfinden (voraussichtlich in Basel). Am Parteitag wird das neue Präsidium der SP Schweiz gewählt. Möchtest Du am Parteitag teilnehmen? Dann nimm mit deiner/deinem Sektionspräsidium Kontakt auf. An Parteitagen delegieren die Sektionen ihre Mitglieder direkt (und nicht die Kantonalpartei). Mehr Infos: www.spschweiz.ch/ parteitag.

Nachruf Martin Bundi

Am 1. Januar 2020 mussten wir von Martin Bundi Abschied nehmen. Martin Bundi prägte die SP Graubünden und war unter anderem Nationalratspräsident. Aufgrund des Redaktionsschlusses war es der Redaktion nicht möglich, den Nachruf in dieser Ausgabe zu publizieren. Das wird in der nächsten Concret-Ausgabe nachgeholt.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

Nr. 1/2020

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284w 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrér
(Redaktionsleitung),
Stefan Grass, Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG,
Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2020:
27. März 2020

ClimatePartner^o
klimaneutral